

Strafe für Schule

Geschlossene Lehranstalten – per Bildungsverbot wollen die israelischen Besatzer den Widerstand der Palästinenser brechen.

Das „Flugblatt Nummer 42“ der geheimen Intifada-Führung ruft die 1,5 Millionen Palästinenser in den besetzten Gebieten für den 19. Juli zu einem eintägigen Hungerstreik auf.

Der Protest richtet sich diesmal nicht nur gegen Massenverhaftungen, Todeschüsse oder Sprengung von Wohnhäusern angeblicher „Terroristen“ – alles

18 000 Studenten haben seither unfreiwillige Dauerferien.

Opfer dieser Maßnahme sind auch die 36 000 Kinder, die in den 90 Schulen der Uno-Flüchtlingshilfe-Organisation Unrwa unterrichtet werden.

Für Israels Verteidigungsminister Jizchak Rabin sind die Schulsperren „notwendig“, weil von den Lehranstalten immer wieder Demonstrationen ausgingen, welche „die Sicherheit Israels gefährden“. Sie seien, so der israelische Befehlshaber im Westjordanland, General Amram Mizna, „Zentren der gewalttätigen Proteste“. Vor allem auf dem Weg von der Schule und zur Schule sei es in der Vergangenheit immer wieder zu Angriffen gegen israelische Soldaten gekommen.



Demonstration an der Bir-Seit-Universität: „Angriff auf die Lebensader“

längst bekannte Unterdrückungs-Methoden der israelischen Besatzungsmacht, die den Judenstaat seit Ausbruch des Volksaufstandes im Dezember 1987 weltweit auch bei seinen Freunden viel Sympathie gekostet haben.

Der Hungerstreik soll das Augenmerk vielmehr auf eine Maßnahme lenken, die „eine kollektive Bestrafung der Palästinenser bedeutet und unserem Volk enormen Schaden zufügen kann“, sagt der palästinensische Politologe Salih Abd el-Guwad von der Bir-Seit-Universität bei Ramallah.

Seit 17 Monaten sind, abgesehen von einigen wenigen und zeitlich begrenzten Ausnahmen, „bis auf weiteres“ (so ein israelischer Militärsprecher) sämtliche 1194 Schulen, davon 920 Grundschulen, und die vier Universitäten auf dem Jordan-Westufer laut Befehl der Besatzer geschlossen. 319 000 Schüler und etwa

Doch diese Begründung ist auch für kritische Israelis kaum haltbar. Vielmehr sind die Schulsperren ein weiterer Versuch der Israelis, den Widerstand der Intifada-Aktivistinnen zu brechen – freilich mit dem Resultat, daß die Kinder seither ganztägig auf den Straßen sind.

Als „ausgemachte Gemeinheit der Besatzungsmacht“ verurteilte etwa der Jerusalemer Biochemiker Jeschajahu Leibowitz, einer der energischen Widersacher seiner Regierung, das Lernverbot für junge Palästinenser. Die Schließungen seien nichts anderes als „ein weiteres Mittel der Unterdrückung“.

Eine Gruppe von 400 israelischen Hochschullehrern protestierte in einem Aufruf an die Jerusalemer Regierung: „Wer einer ganzen Bevölkerung das Grundrecht auf Erziehung verweigert, ruft schmerzliche Erinnerungen an Zeiten wach, historische und gar nicht so historische, in denen auch unserem Volk

die Freiheit genommen war, seine Bildung zu betreiben.“

Nicht mal Appelle der Schutzmacht USA, vom State Department schon im November 1988 vorgetragen, fruchteten etwas: Die Schulen bleiben weiter zu.

Mit einer Ausnahme: Im dichtbevölkerten Gazastreifen, wo die Intifada begann und der Haß auf die Besatzer stets größer war als im Westjordanland, erscheint den Israelis die Lage so explosiv, daß sie die Grundschulen geöffnet ließen – zumindest theoretisch.

Tatsächlich ist auch dort ein regulärer Schulbetrieb nicht möglich, denn die Besatzungsbehörden verhängen, gerade in jüngster Zeit, oft tagelange Ausgangssperren, so daß die Bewohner ihre Häuser nicht verlassen dürfen.

Das allgemeine Bildungsverbot trifft gerade die Palästinenser sehr schwer, weil ihnen die Erziehung ihrer Kinder stets wichtiger war als den meisten anderen Arabern. Die Palästinenser gelten in Nahost als das fleißigste und bestausgebildete Volk. Ohne ausgewanderte palästinensische Ärzte etwa würde das Gesundheitswesen in den reichen Golfstaaten zusammenbrechen.

Uni-Lehrer Guwad: „Lernen und Studieren bedeutet für uns Palästinenser in erster Linie die Bewahrung unserer kulturellen und politischen Identität.“ Das Schulverbot sei ein „Angriff auf die Lebensader“ der Palästinenser.

Die Einhaltung der Schulsperren wird von den Besatzungsbehörden scharf überwacht. Militärstreifen patrouillieren auf dem Universitätsgelände und kontrollieren die Gebäude. Nicht nur der Unterricht, sogar der Aufenthalt in Labors oder Bibliotheken ist strafbar. Nach geltenden Bestimmungen drohen Lehrern, die ihre Schüler außerhalb der Schule, etwa in Kirchen oder Moscheen, unterrichten, bis zu zehn Jahre Haft.

Dennoch haben sich in den besetzten Gebieten zahlreiche „Untergrundschulen“ gebildet, deren Unterricht freilich den normalen Schulbetrieb kaum ersetzt.

Zusätzliche Erschwernis für lernbegierige junge Palästinenser: Sogar das Ausleihen von Schulbüchern an Mitschüler steht unter Strafe.

„Selbst wenn wir die Sicherheits-Argumente der Israelis akzeptierten“, sagt Dozent Abd el-Guwad, „gibt es immer noch keinen Grund, warum die Israelis auch die Grundschulen geschlossen halten. Hat die Armee etwa Angst vor siebenjährigen Kindern?“

Anscheinend auch vor noch jüngeren. Denn Anfang des Jahres schloß die Besatzungsmacht alle Kindergärten in den besetzten Gebieten für mehrere Wochen. Der unsinnige Befehl wurde erst wiederaufgehoben, als israelische Friedensgruppen und Menschenrechtsorganisationen protestierten.

Die Schulsperre bedrückt auch die 9000 palästinensischen Lehrer. Seit

Mitte April erhalten sie nur noch die Hälfte ihres Gehalts. Sie sind, so die Anordnung der israelischen Verwaltung, seither in „unbezahlemten und unbegrenztem Urlaub“. Um ihre Familien ernähren zu können, arbeiten nun viele Lehrer für Niedriglöhne – am Bau oder als Erntehelfer – im israelischen Kernstaat.

Selbst wenn im kommenden Schuljahr, das im September beginnt, der Schulbesuch wieder erlaubt würde, viele Schüler fänden keine Klassenräume vor. Denn etliche Lehranstalten hat Israels Armee mittlerweile beschlagnahmt – als Unterkünfte der Besatzer.

BRASILILIEN

Tod durch Los

In den Gefängnissen geht es menschenunwürdig zu. Häftlinge werden umgebracht – oder schlicht vergessen.

Die brasilianischen Gefängnisse sind heute nahezu so unmenschlich wie KZs, glaubt Pater Agostinho Duarte von der kirchlichen Gefangenenbetreuung. Und der Kardinal von Rio, Dom Eugênio Sales, ortete in den Haftanstalten „ein Signal der moralischen Zersetzung unseres Landes“.

Beide Geistlichen reagierten auf den qualvollen Tod von 18 Häftlingen in einem Polizeigefängnis von São Paulo: Um einen Ausbruchversuch zu bestrafen, hatten Beamte des 42. Polizeidistrikts 50 Gefangene in eine fensterlose Zelle von 4,5 Quadratmetern gepfercht. Als sie nach über drei Stunden die Eisentür wieder öffneten, waren 18 Häftlinge erstickt.

Der Überlebende Edmilson Messias do Nascimento: „Wir schrien nach draußen, daß bereits Leute stürben, aber die Polizisten höhnten nur, daß es dann keine Überfüllung mehr gebe.“

Auf das Verbrechen von São Paulo folgten andere schwere Fälle von Brutalität gegen Häftlinge:

- ▷ In Rondonópolis drangen 30 maskierte Männer in das Gefängnis ein und erschossen sieben Gefangene.
- ▷ In Salvador warfen Militärpolizisten drei Straftäter in den Kofferraum ihres Streifenwagens, lieferten sie aber erst sechs Stunden später auf dem Revier ab. Zwei der Gequälten waren erstickt.
- ▷ Die Redaktion von TV Manchete erhielt die Anrufe Hunderter empörter Zuschauer, nachdem sie eine Reportage ausgestrahlt hatte, in der ein Häftling namens Aguinaldo da Silva Maia in Belém gefoltert wird; minutenlang versetzten ihm mehrere Beamte Fußtritte, Faust- und Handkantenschläge sowie Hiebe mit Schlagstöcken.

Die letzte Einstellung zeigte in Großaufnahme den von Wunden entstellten



Polizei vor Gefängnis in São Paulo
18 Häftlinge erstickt



Verletzter brasilianischer Häftling
„Schlechter behandelt als Schlachtvieh“

Körper Aguinaldos. Dazu der Kommentar des Gouverneurs von Pará, Hélio Gueiros: „Warum die ganze Aufregung über eine Tracht Prügel für einen aus den Randgruppen?“

Herman Schwartz von der Menschenrechtsorganisation Americas Watch stellte nach einem Besuch der Gefängnisse in São Paulo und Rio empört fest: „Die Gefangenen werden schlechter behandelt als Schlachtvieh.“

Menschenunwürdig geht es in vielen Gefängnissen der Welt zu, Brasilien aber liegt an der Spitze. Ein Häftling, der sich widersetzt, wird als Meuterer schnell niedergeschossen. Aber auch wer sich fügt, erleidet schwerste Qualen.

Im Guama-Gefängnis von Belém müssen die Sträflinge auf dem Zementboden schlafen, der häufig unter Wasser steht, weil die Dächer undicht sind. In Rondonópolis verwandeln sich die Zellen in stinkende Kloaken, wenn nach starkem Regen die Siele überquellen. Als der Rio Vermelho Hochwasser führte, wurden die Häftlinge in Goiás erst aus ihren Zellen geholt, als ihnen

die trübe Brühe schon bis an den Bauchnabel reichte.

Wer seine Strafe abgesessen hat, freut sich häufig zu früh auf die Entlassung: Rund zehn Prozent der Termine werden schlicht vergessen. Extremfall war ein 25jähriger, der erst zehn Jahre nach der Verurteilung wegen Fahrraddiebstahls seine Freiheit wieder erhielt.

Da die Gefängnisse überbelegt sind, werden die Zellen mit Delinquenten jeder Art wahllos vollgestopft. Taschendiebe und Mörder, Drogentäter und Räuber gemeinsam in einem Raum – einer lernt vom anderen. In dieser Welt, die ständig neues Verbrechen zeugt, sorgt eine knastinterne Privatpolizei einsitzender großer Drogendealer auf brutale Art für Ordnung.

22 dieser Dealer und Favelakönige haben sich in Rio zu einer Organisation unter dem Namen Rote Falange zusammengeschlossen. Halb Mafia, halb Häftlingsgewerkschaft, ohne deren Zustimmung nichts läuft im Knast, wird die Rote Falange von den Gefängnisbehörden inzwischen als Machtfaktor respektiert und dementsprechend gehätschelt.

Die Spitzenfunktionäre der Roten Falange leben abgehoben vom Elendsdasein der Normalknastis. Falange-Chef Carlinhos Gordo in der Strafvollzugsanstalt Milton Dias Moreira hat sogar sein eigenes Büro. Unlängst bot er der Gefängnisleitung an, die Mit-

tel für die Renovierung des heruntergekommenen Gebäudes zu stiften.

Solange die Gefängnisleitung die Bedingungen der Roten Falange akzeptierte – vor allem freien Zugang zu Drogen und die Erlaubnis, das Drogenimperium aus der Zelle heraus zu verwalten –, sorgte die Falange mit Hilfe ihrer Schlägertrupps für Ruhe im Knast.

Getrübt wurde die Harmonie erst, als Ende letzten Jahres der neue Justizstaatssekretär von Rio, Tecio Lins, Verhandlungen mit dem Syndikat ablehnte und das Hochsicherheitsgefängnis Bangu I bauen ließ, in dem er die 22 erbosten Falange-Führer verlegte.

Um den neuen Mann zu diskreditieren, ermordeten Falange-Killer innerhalb von zwei Wochen 19 Häftlinge. Hinrichtungsart: Erhängen.

Dazu Hauptmann Alexandre dos Santos, Chef des Agua-Santa-Gefängnisses in Rio: „Die Gruppe sucht jemanden aus und hängt ihn. So machen sich die Täter ihre Hände nicht blutig. Die Morde sollen ihre Macht beweisen.“

Welcher Häftling zu sterben hatte, wurde per Los entschieden. ♦